



LANDESJUGENDAMT

info

INHALT

Vorwort	2
Aus der Arbeit des Landesjugendamtes	3
Aus dem Landesjugendhilfeausschuss	3
Rückblick auf die letzte Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses der 14. Amtsperiode am 26. September 2016	3
Zum 15. Mal hat sich der Landesjugendhilfeausschuss konstituiert!	5
Aus der Verwaltung	10
Jahresuhr für die Medienarbeit von Jugendämtern	10
Das Praxisentwicklungsprojekt PEP beim bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund	11
Guter Start ins Kinderleben: weitere „Nachwuchs“-Geburtskliniken beim Abschlussworkshop in Mainz	13
15. Arbeitstreffen der lokalen Netzwerkkoordinatorinnen und –koordinatoren	15
Eröffnet: 5. Durchgang Qualifizierungsmaßnahme für Fachkräfte der Pflegekinderhilfe	21
Der Blick zurück.....	23
Gründungstreffen des „Präventionsnetzwerkes gegen religiös begründete Radikalisierung (DivAN)“	23
Leitungstagung: Wie WERTvoll ist Erziehung?	25
Für Sie besucht.....	27
TISSA-Plenum 2016 in Gent, Belgien	27
Termine	29
Personalien.....	31
Impressum.....	32



VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

„Ankommen. Willkommen. Und jetzt...?“ Diese Frage beschäftigt junge Flüchtlinge, von denen viele nun oft schon ein Jahr oder länger hier bei uns leben. Die ersten Schritte sind für die große Mehrzahl dieser jungen Menschen geglückt, dank großer Anstrengungen der öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe. Nach dem Ankommen und dem Einleben in Wohngruppen und Pflegefamilien geht es nun um die Wege in eine längerfristige Integration. Welcher Rahmenbedingungen und konkreter Unterstützungsmaßnahmen es hierfür bedarf, darum wird es in einer Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter am 21. November 2016 in Berlin gehen, zu der ich Sie hiermit herzlich einladen darf. Dort hat eine Kurzfilmreihe Premiere, in der die erfolgreiche Arbeit der Jugendämter und der freien Träger bei der Integration junger Menschen an exemplarischen Einzelfällen lebendig vorgestellt wird. Gerahmt wird diese Premiere von Diskussionsrunden mit den Protagonisten der Filme, mit Expertinnen und Experten der Kinder- und Jugendhilfe und mit Politikerinnen und Politikern. Wir freuen uns sehr, dass Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei dieser Veranstaltung dabei sein wird und gemeinsam mit Fachkräften und jungen Geflüchteten aus Ludwigshafen die Perspektiven junger zugewanderter Menschen ausloten wird.



Direkt nach der Veranstaltung werden die Filme zum Download auf der Homepage der BAG Landesjugendämter zur Verfügung gestellt. Dort finden sie auch den Einladungsflyer und zusätzliche Informationen <http://www.baqljae.de/>.

Über die Inhalte der Veranstaltung werden wir Sie selbstverständlich im nächsten LJA-Info informieren.

Bis dahin herzliche Grüße

Birgit Zeller

Mitglieder der AG Info des Landesjugendamtes

Birgit Zeller	Leiterin der Abteilung Landesjugendamt
Florian Reinert	Referat Grundsatzangelegenheiten der Jugendhilfe
Annegret Merkel	Referat Kindertagesstätten, Kindertagespflege
Katja Heilmann	Referat Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen
Aline Kröhle	Vorzimmer Landesjugendamt
Bianca Kreuter	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege
Karin Klein-Dessoy	Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum
Karin Hanel	Referat Soziales Beratungswesen, Verbraucherinsolvenz, ambulante Hilfen zur Erziehung, Stiftungen
Kirsten Grogro	Hilfen zur Erziehung, ASD, Servicestelle Kinderschutz, BI Frühe Hilfen
Petra Fliedner	Projekte gegen Extremismus
Beate Fischer-Glembek	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen, Vollzeitpflege

AUS DER ARBEIT DES LANDESJUGENDAMTES

Aus dem Landesjugendhilfeausschuss

Rückblick auf die Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses der 14. Amtsperiode am 26. September 2016

Der 26. September war ein besonderer Tag in der Geschichte des Landesjugendhilfeausschusses. An diesem Tag fand die letzte Sitzung des Ausschusses der 14. Amtsperiode statt und im Anschluss konstituierte sich der Ausschuss für die 15. Legislaturperiode. Für dieses historische Zusammentreffen fanden die Sitzungen im Kurfürstlichen Schloss statt.



Vorsitzender Albrecht Bähr und Präsident Detlef Placzek

Bevor Albrecht Bähr als Vorsitzender des Landesjugendhilfeausschusses seine Empfehlungen an den neuen Ausschuss vortrug, bedankte er sich besonders bei seiner Stellvertreterin Regine Schuster vom Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband für die hervorragende Zusammenarbeit und die gute Teamarbeit. Einen Dank für die förderliche, freundliche und gute Zusammenarbeit sprach er auch der Verwaltung des Landesjugendamtes aus.

In seinem Resümee zur 14. Amtsperiode des Landesjugendhilfeausschusses stellte der Vorsitzende die grundlegende Frage, ob es noch einen Landesjugendhilfeausschuss in Rheinland-Pfalz brauche.

Die Frage warf er vor dem Hintergrund der aktuellen Problemlage zur Kinder- und Jugendarmut auf. Das unveränderte Problem lasse angesichts des vehementen Engagements des Ausschusses gegen Kinderarmut an der Sinnhaftigkeit der Ausschussarbeit zweifeln. Zumal sich der Ausschuss schon in der 13. Amtsperiode in einem umfangreichen Papier zur Kinder- und Jugendarmut positioniert und entsprechende Forderungen formuliert habe.

Fachliche Expertisen und Empfehlungen sowie das Ringen um einen Konsens in den Fachausschüssen und im Landesjugendhilfeausschuss selbst habe auch die Arbeit in der 14. Amtsperiode geprägt, führte er weiter aus.

Herr Bähr sprach die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ministerien an, die zuweilen auf eine harte Probe gestellt worden sei, weil Vorlagen und Entwürfe zu Gesetzesänderungen oder Projekten nicht rechtzeitig eingereicht oder gar ohne Beteiligung des Landesjugendhilfeausschusses umgesetzt worden seien.

Trotz aller Herausforderung sei der Landesjugendhilfeausschuss jedoch unverzichtbar. In seinem Plädoyer für den Ausschuss griff er die anstehende Neustrukturierung der Kinder- und Jugendhilfe auf. Sie bedürfe eines aktiven Landesjugendhilfeausschusses! „Es braucht einen Landesjugendhilfeausschuss, der seine Rolle einnimmt

und Position zu den fachlichen Herausforderungen und zu aktuellen Themen bezieht, der die Belange der jungen Menschen im Blick hat und ein kritischer Begleiter der Politik ist“, so Albrecht Bähr.

Für die Arbeit in der neuen Periode empfahl der Landesjugendhilfeausschuss u.a. die Fortsetzung der Auseinandersetzung mit der Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung, die Befassung mit der Novellierung des rheinland-pfälzischen Kita-Gesetzes, dem Fachkräftemangel in der Kinder- und Jugendhilfe sowie mit den Themen des Koalitionsvertrags.

Volker Steinberg, Vorsitzender des Fachausschusses 1, fügte für die künftige Arbeit in den Fachausschüssen hinzu: „Jeder Fachausschuss arbeitet nur so gut, wie die Gesamtheit der Personen, die sich im Fachausschuss engagieren. Eine gute Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen müssen Grundlage sein, um die vielfältigen Kompetenzen, die in einem Fachausschuss vereint sind, nutzen zu können. Ein Fachausschuss muss von der Haltung getragen sein, das Wohl und das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.“

Abgesehen von der Grundsatzdebatte ging es um einen letzten Beschluss: Die Übernahme der erweiterten Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge vom 23. September 2015 und der dort genannten monatlichen Pauschalbeträge für die Vollzeitpflege in Rheinland-Pfalz wurde im Benehmen mit den Kommunalen Spitzenverbänden beschlossen. Die Fortschreibung tritt zum 1. November 2016 in Kraft.

Am Ende der Sitzung verabschiedete Herr Bähr die ausscheidenden Mitglieder und dankte ihnen für ihre Arbeit und ihren Einsatz im Ausschuss. Im Besonderen dankte er Achim Hettinger, der mit dem Ende der diesjährigen Amtsperiode aus dem Landesjugendhilfeausschuss ausscheidet und in den Ruhestand tritt, für seinen langjährigen Einsatz und seine fachliche Arbeit im Ausschuss und als Vorsitzender des Fachausschusses 2.

Bereits in der letzten Sitzung des Fachausschusses 3 am 7. Juni 2016 wurde Prof. Christian Schrapper von den Mitgliedern „seines“ Ausschusses und der Verwaltung des Landesjugendamtes würdig in den „Ruhestand“ verabschiedet. Herr Prof. Schrapper war Vorsitzender des Fachausschusses und scheidet wie Achim Hettinger mit Ablauf der Amtsperiode aus dem Landesjugendhilfeausschuss aus.

Er erschloss dem Landesjugendhilfeausschuss eine direkte Verbindung zur einschlägigen wissenschaftlichen Debatte im Bereich der Erziehungshilfe. Herr Prof. Schrapper war aber im Ausschuss nicht nur der Theoretiker und Forscher, sondern auch der engagierte Vertreter der Zivilgesellschaft, der sich als Person für die Belange der jungen Menschen und ihrer Eltern engagierte. Dafür wie für seine ordnende Hand im Fachausschuss bedankt sich der Landesjugendhilfeausschuss ganz herzlich und wünscht Herrn Prof. Schrapper alles Gute für die Zukunft.

Katja Zapp
Telefon 06131 967-526
zapp.katja@lsjv.rlp.de

Zum 15. Mal hat sich der Landesjugendhilfeausschuss konstituiert!

Der Landesjugendhilfeausschuss als Institution feiert in diesem Jahr seinen 60. Geburtstag. Wie es sich für einen 60-jährigen gehört, wurde die Berufung der Mitglieder für die neue Amtsperiode sowie deren Stellvertretungen in einem feierlichen Rahmen vollzogen. Die „Zeremonie“ fand am 26. September 2016 im Forstersaal des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz statt.

Die Arbeitsphase des Ausschusses ist nach Landesrecht an die Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages gekoppelt und dauert bis 2021.



Mitglieder des neuen Landesjugendhilfeausschusses

Zunächst Allgemeines

Der Landesjugendhilfeausschuss bildet gemeinsam mit der Verwaltung des Landesjugendamtes das Landesjugendamt. Es hat damit eine sogenannte „Doppelstruktur“. Dies entspricht dem Aufbau der 41 kommunalen Jugendämter in Rheinland-Pfalz.

Der Landesjugendhilfeausschuss befasst sich mit allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz. Er erörtert insbesondere aktuelle Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und gibt Anregungen zur landesweiten Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe.

Im Zusammenwirken aller Träger der Kinder- und Jugendhilfe nimmt der Ausschuss - gemeinsam mit der Verwaltung des Landesjugendamtes - einen Vermittlungsauftrag wahr zwischen den örtlichen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und dem für die Kinder- und Jugendhilfe zuständigen Ministerium. Zuständig sind nach der Neustrukturierung der Ministerien in Rheinland-Pfalz das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz und für den stetig wachsenden Aufgabenbereich Frühkindliche Bildung (Kindertagesbetreuung) sowie die Schulsozialarbeit das Ministerium für Bildung.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben ist der Landesjugendhilfeausschuss mit umfassenden Beratungs- und Anhörungsrechten ausgestattet. Er beschließt darüber hinaus über alle Angelegenheiten des Landesjugendamtes soweit diese nicht nach der Satzung des Landesjugendamtes Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.

Dem Gremium gehören neben dem Präsidenten des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, der Kraft Amtes und damit „geborenes“ Mitglied ist, insgesamt 25 stimmberechtigte Mitglieder u.a. aus den Reihen der Politik (Abgeordnete der Fraktionen des Landtags), der Wohlfahrtsverbände, der Jugendverbände, der Jugendämter, der kommunalen Spitzenverbände und der Kirchen an.

Die Zahl der beratenden Mitglieder, zu denen auch die Leiterin der Abteilung Landesjugendamt, Birgit Zeller, gehört, hat sich in dieser Amtsperiode um eine weitere Per-

son auf 29 Mitglieder erhöht, da die Ministerin von ihrem Recht zur Berufung weiterer beratender Mitglieder Gebrauch gemacht hat.

Die Konstituierung

Die konstituierende Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses, zu der alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder, aber auch die ausgeschiedenen - zum Teil langjährigen - Mitglieder eingeladen waren, wurde auf Wunsch des Plenums bis zur Neuwahl des Vorsitzes vom Präsidenten des Landesamtes, Detlef Placzek, geleitet. Für ihn war es auch persönlich ein besonderer Tag, er hatte nämlich Geburtstag.

Als besonderen Gast konnte Herr Placzek die neue Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Anne Spiegel begrüßen, die zum allerersten Mal einen Landesjugendhilfeausschuss besuchte, wie sie betonte.



Präsident Detlef Placzek und Staatsministerin Anne Spiegel

In ihrer Ansprache ging Frau Ministerin Spiegel gleich eingangs auf die herausragende Bedeutung des Landesjugendhilfeausschusses für eine gelingende kinder-, familien- und jugendfreundliche Politik in Rheinland-Pfalz ein. „Er ist eigentlich in seiner Zusammensetzung die idealtypische Umsetzung eines bündnispolitischen Ansatzes und er kann seine Wirkung dann voll entfalten, wenn er sich aktiv einmischt, wenn er manchmal unbequeme Positionen bezieht, wenn er konsequent handelt und wenn er in einem guten Sinne zu einem Ort des Ringens um die bestmöglichen Antworten auf schwierige Fragen der Gestaltung einer kinder- und familienfreundlichen Lebenswelt wird, und zu diesem aktiven Einmischen und auch zu dem kritischen und unbequemen möchte ich Sie an dieser Stelle ausdrücklich ermuntern, denn wir brauchen ihre Unterstützung, wenn es darum geht auch vor dem Hintergrund der nicht einfacher werdenden haushaltspolitischen Rahmenbedingungen, diese Themen voran zu bringen“, so die Ministerin.

Im Weiteren ging sie kurz auf fünf inhaltliche Schwerpunkte ihrer Politik ein. Als erstes nannte sie die Herausforderung einer gelingenden Gestaltung der Integration von jungen Menschen, die allein oder mit Familien geflüchtet sind. „Sie kommen mit Erwartungen, Wünschen und Hoffnungen für ein gutes und sicheres Leben hier an und wir wollen, dass die Kinder von klein auf spüren, dass sie nicht nur ein akzeptierter oder geduldeter Teil dieser Gesellschaft sind, sondern dass wir sie wertschätzen, mit ihren spezifischen Lebenserfahrungen, die sie in die Gesellschaft einbringen können“, betonte sie.

Ein weiteres Anliegen ist ihr die Bewältigung der Kinder- und Jugendarmut. Es sei nicht hinnehmbar, dass die soziale Herkunft entscheidend sei für den Bildungserfolg und für die Verteilung von Lebenschancen, von Armut und Reichtum, so die Ministerin.

Als Drittes griff sie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf und sagte unter anderem: „Wir brauchen Strategien, die eine echte Teilhabe ermöglichen. In der Koalitionsvereinbarung hatten wir auch festgelegt, dass wir eine Ombudstelle beim Bürgerbeauftragten einrichten wollen. Darüber freue ich mich sehr, denn die Mitbestimmung von jungen Menschen in der Kinder- und Jugendhilfe ist für mich von zentraler Bedeutung. Die Kinder, Jugendlichen und ihre Eltern erhalten damit die Möglichkeit, sich an eine niedrigschwellige unabhängige Institution zu wenden.“ Die Einrichtung erfolgt zunächst als dreijähriges Modellverfahren und wird 2017 starten.

Medienschutz (richtige Nutzung der Medien im digitalen Zeitalter) ist der vierte Schwerpunkt für die Ministerin. Ihr geht es dabei darum, dass man nicht nur die Risikodimension ausleuchtet, sondern auch ganz konkret schaut, wie Kinder und Jugendliche hier so unterstützt werden können, dass sie gute Erfahrungen mit den Medien machen können.

Als fünften Punkt nannte sie die Eigenständige Jugendpolitik. Sie möchte an der Jugendstrategie „JES - Jung, Eigenständig, Stark“, anknüpfen, weil sie darin einen guten Ansatz sieht, wie man einerseits Teilhabe an den gesellschaftlichen Ressourcen hinbekommt, wie man autonome Gestaltungsräume sichert und eine Mitbestimmung bei gesellschaftlichen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen realisieren kann. Die Diskussion sieht sie verknüpft mit der Frage nach dem kommunalen Wahlrecht mit 16. Dafür wird sich die Koalition in dieser Legislaturperiode erneut einsetzen.

Wichtig in der Jugendpolitik seien auch eine gute Jugendarbeit und eine gute Jugendsozialarbeit. Dadurch würden Teilhabechancen und Handlungsräume eröffnet. Für die meisten von ihnen ist die Forderung nach einer Profilierung und Stärkung der Jugendarbeit sicherlich nicht neu. Die muss natürlich bundes- und landesweit eingebettet sein in die Profilierung, in die Stärkung einer eigenständigen Jugendpolitik und ich setze mich, auch der Punkt ist mir wichtig, vor allem für eine verlässliche Förderung der Strukturen der verbandlichen und kommunalen Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit durch die Landesregierung ein.“ Jugendpolitik sieht sie als Zukunftspolitik. Zu deren Verwirklichung sei ein großes Bündnis mit der Jugend nötig. Mit dem Hinweis auf das Thema Familienzeitpolitik und auf ein entsprechendes Modellprojekt ihres Hauses rundete die Ministerin die Programmatik des Ministeriums ab und stellte dann an die Adresse des künftigen Ausschusses fest, dass man dessen Sachverstand brauche, ebenso wie die der Trägerverbände Liga oder Landesjugendring. „Ich freue mich wirklich sehr auf die Zusammenarbeit. Ich bin schon sehr gespannt auf die Diskussionen, die wir haben werden und ich hoffe, wir werden sehr, sehr gute Diskussionen haben im Sinne dessen, dass wir wirklich für die Kinder und Jugendlichen hier in Rheinland-Pfalz auch weiterkommen.“, schloss sie. Stellvertretend für alle bisherigen Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses dankte die Ministerin Pfarrer Albrecht Bähr für seine Arbeit und seinen Einsatz als Vorsitzender des Ausschusses in den letzten fünf Jahren.

Im Anschluss an die Verabschiedung der ausgeschiedenen Mitglieder ließ es sich Ministerin Spiegel nicht nehmen, die neuen Damen und Herren in das Ehrenamt als Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses zu berufen und ihnen persönlich die Ernennungsurkunden zu überreichen. Sie dankte allen für ihren geleisteten Einsatz bzw. die Bereitschaft sich neben ihrer Arbeit, ihrem eigentlichen beruflichen Betätigungsfeld, ehrenamtlich im Landesjugendhilfeausschuss zu engagieren.



Ministerin Anne Spiegel überreicht den Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses die Ernennungsurkunden

In der nachfolgenden Wahl für den Vorsitz im neuen Landesjugendhilfeausschuss wurde aus dem Plenum von dem Vertreter des Caritasverbandes Mainz erneut **Pfarrer Albrecht Bähr** vorgeschlagen und einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses gewählt. Frau Ministerin Spiegel sprach ihm die ersten Glückwünsche aus. Albrecht Bähr bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen und nannte neben einer konstruktiven, kritischen Zusammenarbeit im Sinne einer Partnerschaft mit den Ministerien die Schwerpunkte Partizipation und Kinderarmut in dieser Legislaturperiode, aber auch die große Reform des SGB VIII. Er bat darum, zu beachten, dass es für eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesjugendhilfeausschuss wichtig sei, dass dieser frühzeitig in die Belange der Kinder- und Jugendpolitik Rheinland-Pfalz eingebunden werde.



Vorsitzender Albrecht Bähr und stellv. Vorsitzende Regine Schuster

Nach der Übergabe der Sitzungsleitung von Präsident Detlef Placzek an Albrecht Bähr wurde in einem weiteren Wahlgang als stellvertretende Vorsitzende **Regine Schuster** ebenfalls einstimmig wieder gewählt.

Frau Schuster bedankt sich herzlich und freut sich, die bewährte Zusammenarbeit mit Herrn Bähr und der Verwaltung fortsetzen zu können.

Danach ging es weiter mit den notwendigen Regularien.

Zur Unterstützung seiner Arbeit in den kommenden fünf Jahren bildete der Landesjugendhilfeausschuss folgende Fachausschüsse:

- Fachausschuss „Außerschulische Jugendbildung - Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Jugendschutz“ (FA 1)
- Fachausschuss „Kinder und Familie“ (FA 2)
- Fachausschuss „Hilfe zur Erziehung“ (FA 3)
- Fachausschuss „Recht, Organisation und Grundsatzangelegenheiten“ (FA 4)

Nach einem neuen Verfahren wurden zunächst nur Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses in die Fachausschüsse gewählt. In der nächsten Sitzung werden die übrigen Mitglieder bestimmt. Vorschläge dazu sollen sich auf das jeweilige Anforderungsprofil der Fachausschüsse beziehen. Dieses wird den vorschlagsberechtigten Trägern im Nachgang zur Sitzung zugesandt werden.

Alle Informationen über Mitglieder, Zusammensetzung, Sitzungstermine oder die jeweilige Tagesordnung sind auf der Homepage www.landesjugendamt.de (Links <Kinder, Jugend und Familie> <Landesjugendhilfeausschuss>) eingestellt.

Katja Zapp
Telefon 06131 967-526
zapp.katja@lsjv.rlp.de

Jahresuhr für die Medienarbeit von Jugendämtern

Zukünftig dürfen sich interessierte Jugendämter über die „Jahresuhr Medienarbeit“ freuen. Diese ist ein weiteres Produkt, das von der BAG Landesjugendämter zur Unterstützung der Jugendämter entwickelt wurde. Es handelt sich hierbei um eine Übersicht, die wie ein Kalender aufgebaut ist und für jeden Monat des Jahres eine mögliche Fokussierung und Schwerpunktsetzung für die Medienarbeit darstellt.

Da die Anlässe und Themen für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit abgesehen von regionalen Schwerpunkten in allen Jugendämtern in Deutschland vergleichbar sind,



kann die Jahresuhr Medienarbeit überall genutzt werden. Eine Planungsmatrix und die verlinkten Muster- und Beispiel-Pressemitteilungen für jeden Monat sollen dabei helfen, Ideen für die Öffentlichkeitsarbeit zu strukturieren und sinnvoll über das Jahr zu verteilen. Die Texte können frei genutzt und an Besonderheiten vor Ort angepasst werden. Außerdem sind allgemein gültige fixe Termine bereits in den Kalender eingetragen.

Damit die Jahresuhr individuell und flexibel gestaltet werden kann, ist das Dokument als Word-Datei angelegt, die beliebig bearbeitet werden kann.

Auch Sie sind gefragt, Anregungen für die weitere Umsetzung und Verbesserung der Jahresuhr mitzuteilen, um diese aktiv mitzugestalten. Ihre Ideen und Wünsche können Sie gerne an folgende E-Mailadresse senden:

jahresuhr@unterstuetzung-die-ankommt.de

Herzlichen Dank dafür.

Die Planung mit der Jahresuhr kann dabei helfen, die Wirksamkeit der Arbeit der Jugendämter vor Ort zu stärken. Viel Spaß dabei!

Aline Kröhle
Telefon 06131 967-289
kroehle.aline@lsjv.rlp.de

Das Praxisentwicklungsprojekt PEP beim bundesweiten Fachkongress Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund

PEP- ein Exportschlager?

Nachdem die erste Auflage des rheinland-pfälzischen Praxisentwicklungsprojekts „PEP“ Ende des letzten Jahres ihren Abschluss gefeiert hatte, könnte man meinen, dass damit auch alles vorbei sei.

Mitnichten. Das fachliche Feuer brennt weiter und es gibt ein reges Interesse an den Erfahrungen des Projekts.

Entsprechend wurde das Projekt in das Forum P-21 des bundesweiten Jugendarbeitsfachkongresses aufgenommen, der vom 26.-28. September 2016 in Dortmund stattfand. Das Forum trug den Titel „Aus dem Blick geraten? Jugend als kommunales Blickfeld“ und PEP passte mit seinem Ziel, Unterstützung zu leisten für die fach(politische) Profilierung der örtlichen Jugendarbeit gut zu diesem Thema.

Vorteilhaft war, dass alle Akteure von PEP auch personell beim Kongress vertreten waren. So ergab sich ein authentisches Bild vom Zusammenwirken der unterschiedlichen Institutionen und Personen. In einer minutiös getakteten Vorstellung wurde dann der Bogen gespannt vom rheinland-pfälzischen Jugendministerium als Finanzier (Lucia Stanko, MFFJIV) über das Landesjugendamt als Projektträger (Sybille Nonninger, LSJV) und Professor Werner Lindner als wissenschaftlichem Ideengeber und Begleiter hin zu den unterschiedlichen Teilnehmergruppen, wie den Jugendverbänden (Günter Kistner, Ev. Jugend Kirchenkreis Nahe-Glan), der Kreisjugendpflege (Bettina Krüdener, Kreis Trier Saarburg), der Verbandsgemeinde (Dirk Marmann, Jugendpflege VG Schweich) und den freien Trägern der offenen Arbeit (Dietmar Grundheber vom Kinder- und Jugendnetzwerk Konz e.V.).



Die PEP Akteure beim bundesweiten Fachkongress

Julia Müller-Muth, die das Projekt gemeinsam mit Rudi Neu seitens der Verwaltung des Landesjugendamtes begleitet hatte, setzte aus den durch jeweils ein Puzzleteil symbolisierten Beiträgen der unterschiedlichen PEP-Akteure am Ende die Silhouette des Landes Rheinland-Pfalz zusammen - damit gab es auch ein Bild für die gelungene Zusammenarbeit. Trotz der Kürze der Zeit konnte offenbar ein guter Eindruck davon vermittelt werden, wie das Projekt in der Kombination von individuellen örtlichen Entwicklungsvorhaben, einer über zwei Jahre laufenden Lerngruppe, der Unterstützung

durch einen ehemaligen Kommunalpolitiker und der wissenschaftlichen Begleitung aus dem Bereich Netzwerkarbeit, Politikberatung, Kommunalwissenschaft und Sozialpädagogik erfolgreich zur besseren Positionierung der Jugendarbeit im politischen Raum vor Ort beitragen konnte.

Zahlreiche Nachfragen und u.a. auch eine Einladung nach Nordrhein-Westfalen zur Projektvorstellung dokumentieren die positive Resonanz des Projektes auch über Rheinland-Pfalz hinaus. Für Rheinland-Pfalz steht die Frage an, wie die Erfahrung von PEP zukünftig für die Entwicklung einer eigenständigen örtlichen Jugendpolitik genutzt werden kann.



Landkarte der PEP-Akteure

Sybille Nonninger
Telefon 06131 967-360
nonninger.sybille@lsjv.rlp.de

Guter Start ins Kinderleben: weitere „Nachwuchs“-Geburtskliniken beim Abschlussworkshop in Mainz

Am 22. September 2016 trafen sich die Geburtskliniken aus Worms, Germersheim und Kandel und die örtlichen Jugendämter in Mainz zu einem gemeinsamen Rückblick auf die Implementierung von „Guter Start ins Kinderleben“ (wir berichteten bereits).

Die Tagesmoderation übernahm Elisabeth Schmutz (ism). Sie begrüßte gemeinsam mit Martina Dreibus (MFFJIV) die Anwesenden. Orsolya Drozdik (LSJV) informierte die Teilnehmenden im Laufe des Tages über aktuell relevante Themen, Termine und Neues aus dem Landesjugendamt.

Seit 2015 leisten die Kliniken durch ihre Beteiligung am Programm „Guter Start“ einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Landes- und Bundeskinderschutzgesetzes. Es bedarf sowohl seitens der Kliniken als auch seitens der örtlichen Jugendämter eines hohen Maßes an Engagement, Durchhaltevermögen und Interesse am Programm, um es in die Abschlussphase bringen zu können. Auf dem Weg dieser eineinhalb jährigen Implementierungsphase müssen vor Ort viele formale und inhaltliche Fragestellungen geklärt werden, bspw.: Wie kann der Einsatz der koordinierenden Fachkraft erfolgen? Wer übernimmt diese Funktion? Wie und wann findet die Schulung der Belegschaft statt? Ab wann kommt der LupE-Bogen zum Einsatz? Darüber hinaus geht es um die Klärung interner Verfahrensabläufe nach § 31 Landeskrankenhausgesetz und um noch vieles mehr. Zur Klärung der Fragen werden neben Zeit auch feste Ansprechpartner auf beiden Seiten benötigt. Die Herausforderungen wachsen stets mit dem Wissen und auch den Verbindlichkeiten, welche die Kliniken im Rahmen der Förderung der Bundesinitiative „Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ erfüllen müssen.

Als sogenannte „Highlights“ und positive Effekte seit der Einführung wurden von den Jugendämtern und den Geburtskliniken benannt:

- Zusammenarbeit mit dem Jugendamt/Klinik
- Teilnahme und Einbindung in das örtliche Netzwerk
- Sensibilisierung aller Beteiligten
- klarere Strukturen (intern abteilungs –und professionsübergreifend sowie extern zu Kooperationspartnern)
- schnellere und kürzere Wege – bessere Erreichbarkeit auf beiden Seiten
- mehr Wissen um professionsbezogene- und professionsübergreifende Sichtweisen (Gynäkologie, Pädiatrie, Pflege und Jugendamt)
- mehr Öffentlichkeitsarbeit (Erstellung von Flyern, mit denen die Klinik für das Programm bei werdenden Eltern wirbt), dadurch mehr flächendeckende Verbreitung des Programms
- Offener Umgang untereinander
- Vernetzung der Strukturen vor Ort – Wissen über Angebotsstrukturen

Bei der Vorstellung der eigenen Umsetzung an den jeweiligen Standorten wurden folgende Schwerpunkte als Herausforderungen benannt:

- Es herrscht ein standortunabhängiger Fachkräftemangel, besonders bei den Hebammen. Hieraus ergibt sich die Gefahr, dass das Programm nicht, bzw. nur unter großen Anstrengungen, fortgesetzt werden kann. Wenn die Weitervermittlung von Eltern an Fachkräfte ohne Erfolg bleibt, weil es an Fachkräften

mangelt, ergibt sich für die Kliniken die Frage nach dem Sinn ihrer Bemühungen. Viele monetäre und personelle Ressourcen, die in den Aufbau des Programms an den einzelnen Klinikstandorten geflossen sind, würden so verpuffen.

- Fluktuation des Personals und damit die Sicherstellung des Wissens.
- Kontinuierliche Qualifizierung des Personals – nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten während der Implementierungsphase erreicht werden. Die Anwesenden empfinden dies für die Weiterführung des Programms jedoch als sehr wichtig.
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit – es braucht Zeit, eine gemeinsame „Sprache“ zu entwickeln.
- Raum schaffen für Reflexion – Fälle und Verfahrensabläufe benötigen Analysen.
- Dokumentation – alle müssen mitmachen, nicht nur die Pflege! Ein Appell an die Ärzte.
- Datenschutzrelevante Themen.



Stationsleitung stellt Umsetzungsschritte in Worms vor
–Dagmar Reber, Klinikum Worms

Die Gesamtbilanz aller drei Standorte ist grundsätzlich positiv. Die Einbindung des Programms in ihre Klinik wird als wertvoll und gelungen erlebt. Die eigentliche „Arbeit“ startet dennoch erst jetzt. Nach der ersten Einführungsphase, die durch eine hohe Motivation geprägt war, muss nun die Verstetigung stattfinden, sodass die vermittelten Grundlagen und geschaffenen Strukturen nachhaltig wirken und zu einer Grundhaltung des Personals werden.

Zur nachhaltigen Unterstützung dieses Prozesses sowie zur weiteren Qualifizierung der Fachkräfte der Kliniken fördert das Ministerium für Frauen, Familien, Jugend, Integration und Versorgung auch im Jahr 2017 diesen Prozess mit kostenfreien Qualifizierungsmaßnahmen:

- Individuelle Beratertage
- „Andere Länder – andere Mütter“
- Professionelle Kommunikation mit Eltern
- „Genau hinschauen im Krankenhaus“

Die Kliniken können beim Landesjugendamt den jeweiligen Bedarf für ihren Standort anmelden.

Orsolya Drozdik
Telefon 06131 967-135
drozdik.orsolya@lsjv.rlp.de

15. Arbeitstreffen der lokalen Netzwerkkoordinatorinnen und –koordinatoren

Migration und Integration – Aktuelle Herausforderungen für die Kinder- und Jugendhilfe

Das 15. Treffen der lokalen Netzwerkkoordinatorinnen und –koordinatoren wurde von Birgit Zeller, Leiterin des Landesjugendamtes mit einem Grußwort eröffnet. Bereits in ihrer Begrüßung betonte sie die großen Herausforderungen, die durch die Zuwanderung asylsuchender Familien sowohl in den Frühen Hilfen als auch im Kinderschutz insbesondere von den Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe in den zurückliegenden Monaten bewältigt werden mussten und müssen.

Praxisnahe Einblicke boten die unmittelbar anschließenden Berichte aus zwei rheinland-pfälzischen Kommunen:

Beate Mundt vom SOS-Familienhilfezentrum Kaiserslautern ist in ihrer Funktion als Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin insbesondere Ansprechpartnerin und Lotsin im Rahmen der Frühen Hilfen. Darüber hinaus begleitet sie seit ca. zwei Jahren das Projekt „Mütter- und Gesundheitsberatung für asylsuchende Frauen“ in mehreren, über das Stadtgebiet verteilten Flüchtlingsunterkünften. Zunächst als Gruppenangebot konzipiert, wurde rasch deutlich, dass gerade die aufsuchende und individuelle Ansprache ein wichtiger Baustein für eine gelingende Unterstützung der Mütter bzw. Familien ist.

Im Rahmen der Gesundheitsberatung stehen neben allgemeinen Informationen zum Gesundheitssystem insbesondere Themen wie Verhütung, Schwangerschaftsvorsorge und Entbindung im Vordergrund. Mit der Geburt des Babys bzw. bei Familien mit älteren Geschwisterkindern nehmen jedoch auch Themen wie Ernährung und die Gestaltung eines sicheren Wohnumfeldes einen zunehmend größeren Raum ein. Für



über das Projekt hinaus gehende Bedarfe der asylsuchenden Familien stehen sowohl ehrenamtliche Helferinnen und Helfer als auch das Netzwerk Frühe Hilfen und Kinderschutz der Stadt Kaiserslautern als Ansprechpersonen für Frau Mundt zur Verfügung. Das größte „Plus“ für eine gelingende Integration ist es ihrer Erfahrung nach, auf ebenfalls zugewanderte Menschen zurückgreifen zu können, die quasi als „Kulturdolmetscher“ den neu angekommenen Familien beim Verstehen unseres gesellschaftlichen Miteinanders zur Seite stehen. Sehr anschaulich und lebendig verdeutlichte sie dies am Beispiel eines vor vielen Jahren zugewanderten und mit einer deutschen Frau verheirateten Syrers, von dem vor allem für die Ehemänner und Väter eine hohe Identifikationskraft ausgeht.

Beate Mundt, SOS-Familienhilfezentrum Kaiserslautern

Im Anschluss präsentierte Ruth Carl vom Jugendamt Rhein-Lahn-Kreis die Weiterentwicklung der Eltern-Kind-Gruppen im Kreisgebiet. Diese Gruppenangebote der Frühen Hilfen werden im Rahmen des Netzwerkes Kindeswohl und Kindergesundheit von einer regionalen Fachgruppe begleitet, die verantwortlich ist für Konzeption und fachliche Weiterentwicklung, Umsetzung und Öffentlichkeitsarbeit. Seit 2015 werden die Bedarfe der Zielgruppen differenzierter analysiert, um auch Mütter und Väter aus Flüchtlingsfamilien, bzw. mit Migrationshintergrund besser zu erreichen.

In diesem Zusammenhang sind auch zwei neue Angebote Früher Hilfen entstanden. Während ein Angebot vor allem von Flüchtlingsfrauen mit Babys und Kleinkindern genutzt wird, setzt sich die andere Gruppe interkulturell zusammen. Beide Projekte sind offen und niedrigschwellig konzipiert und bauen neben einer verantwortlichen Fachkraft auf die Unterstützung von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie bieten den teilnehmenden Müttern ein Forum, alle aktuellen Anliegen und Themen ansprechen zu können. Um dennoch Sicherheit und Geborgenheit in der Gruppe wachsen zu lassen, sind sich wiederholende Begrüßungs- und Schlussrituale eine wichtige Konstante im Gruppengeschehen. Ein wesentliches Element der Frühen Hilfen, die frühe Förderung der Eltern-Kind-Bindung, findet sich ebenfalls in den Konzepten dieser Gruppenangebote wieder. Die sprachliche Verständigung wird unter anderem durch die interkulturelle Begleitung mit Hilfe einer arabischsprachigen Helferin ermöglicht; bei Bedarf kann zudem auf eine Übersetzerin der Erstaufnahmeeinrichtung in Diez zurückgegriffen werden. Sehr eindrücklich berichtete Frau Carl darüber, wie sehr eine bevorstehende Ausreise bzw. Abschiebung einer Familie sich auf die Gruppe auswirkt und wie wichtig es ist, die damit verbundenen Sorgen und Ängste fachlich aufzugreifen und zu bearbeiten. Wann immer es möglich ist, werden Abschiede bewusst gestaltet und die beteiligten Kinder erhalten zum Beispiel ein kleines Abschiedspräsent.



Nicht verschwiegen wurden auch inhaltliche und organisatorische Herausforderungen: Neben der Schwierigkeit, mit den immer wiederkehrenden Konflikten zwischen den vielen unterschiedlichen Nationalitäten und Mentalitäten professionell umzugehen, gab und gibt es die ganz praktische Hürde, Angebote und Projekte dieser Art an die festen Abläufe und Termine (z.B. von Deutschkursen) der zugewanderten Familien anzupassen. Dass auch die deutschen Helferinnen und Helfer aus diesen Begegnungen lernen, verdeutlichte Ruth Carl am Beispiel des Ramadan. Bei einigen Familien standen Ehrenamtliche während dieser Zeit bei einem spontanen Besuch vor verschlossenen Türen, da die Familien ihnen in dieser Zeit weder Essen noch Trinken hätten anbieten dürfen und damit der hohe Wert der Gastfreundlichkeit verletzt worden wäre. Eine wichtige Information zur Vermeidung kultureller Missverständnisse!

Ruth Carl, Jugendamt Rhein-Lahn-Kreis

Die Möglichkeit zum fachlichen Dialog über weitere aktuelle Themen in den rheinland-pfälzischen Netzwerken Frühe Hilfen und Kinderschutz bot sich im „Open Space“ – hier können die Teilnehmenden ihre spezifischen Fragestellungen einbringen und in selbstformierten Kleingruppen fachlich erörtern. Auf den größten Zuspruch stieß die Gruppe, die sich mit dem mittlerweile eklatanten Fachkräftemangel bei den Hebammen und den sich daraus ergebenden Konsequenzen sowohl für Schwangere und Mütter als auch für die Aufrechterhaltung von Angeboten Früher Hilfen (Stichwort Familienhebammen) durch die Jugendhilfe beschäftigte. Diese Problematik ist nicht neu und wurde auch bereits beim Koordinatorentreffen im Herbst 2015 intensiv diskutiert. Dass auch an diesem Tag keine einfachen Lösungen zu finden sind, wurde schnell klar – zu heterogen ist die Ausgangslage in den einzelnen Kommunen, zu komplex die Gesetzeslage im SGB V bzw. die Schnittstellengestaltung zwischen SGB V und SGB VIII. Deutlich wurde aber auch die Notwendigkeit guter Zwischenlösungen, um zusätz-



Aufmerksame Teilnehmende im Open Space

lichen Gefährdungssituationen und Risiken für die Kleinsten durch eine fehlende Hebammennachsorge entgegen zu wirken. Beispiele aus einzelnen Kommunen zeigten, dass Jugendhilfe durchaus im Sinne der betroffenen Mütter und Babys kreative Lösungsansätze entwickeln kann, wie z.B. eine Hebammensprechstunde im Sozialraum, dass diese jedoch nicht das Kernproblem innerhalb der Gesundheitshilfe lösen kann (und will).

Den Start in den Nachmittag gestaltete Dr. Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) in München. Als erste Replik auf den Titel seines Beitrages „Zuwanderung – eine interdisziplinäre Herausforderung für die lokalen Netzwerke und den Kinderschutz“ stellte er die Frage, ob gute Jugendhilfe nicht per se migrationssensibel sei bzw. zu sein habe. Im Anschluss zeichnete er verschiedene grundlegende Aspekte gesellschaftlicher Entwicklungen auf und verknüpfte diese mit den fachlichen Folgen für die Kinder- und Jugendhilfe. Beschriebene Entwicklungslinien waren beispielsweise die Vielfalt an Familienformen, die in allen gesellschaftlichen Schichten zunehmend ausgeprägte Erziehungsunsicherheit sowie insgesamt der Bedeutungsgewinn des Kinderschutzes einhergehend mit einer Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit. Aber gerade in Fragen des Kinderschutzes gibt es kulturell bedingte unterschiedliche Definitionen dazu, wie beispielsweise Vernachlässigung von Kindern gedeutet wird. Oftmals verbergen sich darunter anders geartete Erziehungsstile und -vorstellungen. Dr. Seckinger verdeutlichte dies sehr anschaulich an dem afrikanischen Motto „Um ein Kind zu erziehen, braucht es ein ganzes Dorf.“ Während es also in traditionell-dörflichen Strukturen vieler afrikanischer Länder durchaus üblich ist, bereits kleine Kinder in der dörflichen Umgebung alleine umherlaufen zu lassen, da sich alle Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfes für die Sicherheit und Erziehung der Kinder verantwortlich fühlen, kann dieser Sachverhalt in unseren gesellschaftlichen Rahmen-

bedingungen durchaus ein Kindeswohlgefährdendes Moment darstellen. In diesem Zusammenhang wies er auf empirische amerikanische Studien hin, in denen Anlässe für Kinderschutzinterventionen bei zugewanderten Familien untersucht wurden. Im Gegensatz zu einheimischen Familien gab es dort signifikant höhere Interventionen bei Vernachlässigung durch fehlende Aufsicht sowie körperlichen und seelischen Bestrafungen, hingegen deutlich geringere Interventionen bei Suchtproblemen der Eltern, körperlicher Vernachlässigung sowie massiver körperlicher Gewalt.

In dem Wissen, dass diese Entwicklungen sich bei zugewanderten Familien bei nicht-gelungener Integration verstärken, warf Dr. Seckinger die Frage auf, welchen realistischen Beitrag die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt sowie die bestehenden Netzwerke Frühe Hilfen zu einer positiven Förderung leisten können. Er warb dafür, gerade auch in der Arbeit mit geflüchteten Familien die Grundprinzipien einer fachlich guten Kinder- und Jugendhilfe aufrecht zu erhalten. Diese beinhalten unter anderem:

- Gründliche und am Bedarf orientierte Hilfeplanung
- Ermöglichung von Beteiligung und Partizipation
- Gestaltung passgenauer Hilfesettings
- Gute Begleitung von Übergängen in die Volljährigkeit (bei unbegleiteten Minderjährigen)
- Schaffung infrastruktureller Angebote

Eindringlich warb Dr. Seckinger um Verständnis für die Situation der unbegleiteten minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer. Diese sind besonderen Belastungen ausgesetzt und brauchen für ihr individuelles Ankommen unter anderem die Gewissheit darüber, wo ihre restlichen Familienmitglieder sind. Durch den zusätzlichen Verlust ihrer sozialen Netzwerke brauchen sie Menschen, mit denen sie sich über ihre oftmals unspezifischen Erwartungen sowie ihre konkreten Erfahrungen nach der Ankunft in Deutschland austauschen können. Im professionellen Kontext kann dieser Prozess nur bedingt begleitet werden, hier braucht es ein breites zivilgesellschaftliches Engagement. In welcher Form die Hilfe dann stattfindet, ist nach Ansicht des Referenten womöglich nachrangig – entscheidend ist, dass eine Hilfe geleistet wird und die Beteiligten das Gefühl haben, dass es Personen gibt, die sich um sie kümmern und denen sie vertrauen können.



Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut München

Den Netzwerken Frühe Hilfen und Kinderschutz empfahl er die Einbindung von Migrantenselbstorganisationen bzw. die Prüfung, inwiefern die „Community“ vor Ort ihr Selbsthilfepotential weiter entwickeln kann. Dies ist umso wichtiger, als der Aspekt der sozialen Isolation einen Risikofaktor im Kinderschutz darstellt. Diverse Studien weisen darauf hin, dass Menschen mit Migrationshintergrund seltener multinationale Freundschaften pflegen, sondern eher innerhalb ihrer „Community“ bleiben. Über die Kooperation mit der Community können folglich besser Zugänge zu Familien erschlossen werden und die Erfahrungen aus Beispielen Guter Praxis in den Kommunen in Rheinland-Pfalz zeigen, dass den kulturellen „Brückenbauern“ und „Kulturdolmetschern“ vor Ort hier eine besondere Bedeutung zukommt.

Über den aktuellen Stand der geplanten SGB VIII-Reform berichtete anschließend Claudia Porr vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz. Entgegen des bereits für Mai angekündigten Referentenentwurfs zur SGB VIII-Reform liegt derzeit nur ein Arbeitsentwurf vom 23.08.2016 vor. Ihrer Ansicht nach ist gegenwärtig völlig offen, ob die SGB VIII-Reform noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird. Sie bemängelte zudem auch die Seitens des Bundes fehlende Möglichkeit einer breiten fachpolitischen Diskussion zu den einzelnen Regelungsinhalten. Dies wird insbesondere auch von öffentlichen und freien Trägern, Ländern und Kommunen kritisch kommentiert. Fachliche Kritikpunkte zu den bisher bekannten Inhalten gibt es gleichwohl mehr als genug. Beispielhaft sollen zwei Aspekte herausgegriffen werden: So ist in den §§ 36 ff. die Nachrangigkeit von Einzelfallhilfen gegenüber infrastrukturellen und niedrigschwelligen Hilfen sowie Gruppenangeboten vorgesehen. Sind beispielsweise diese infrastrukturellen Hilfen nicht in ausreichender Form vorhanden, sind sie von den Jugendämtern im Rahmen ihrer Steuerungsverantwortung zu schaffen. Doch was bedeutet das nun für den Prozess der Hilfeplanung? Mit der Vorgabe, infrastrukturelle Angebote und Gruppenangebote vorrangig zu „bedienen“, wird aus Sicht von Frau Porr damit das bisher geltende Prinzip der „Notwendigkeit und Geeignetheit einer Hilfe“ quasi ausgehebelt.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die geplanten Änderungen im § 8a SGB VIII und § 4 KKG. Bisher sind die Berufsheimnisträgerinnen und –träger genau wie alle anderen Fachkräfte in den Prozess der Gefährdungseinschätzung eingebunden. Bei Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung sollen sie ihre Wahrnehmung mit den Eltern erörtern und auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken. Um diesen Auftrag zu erfüllen, haben sie auch Anspruch auf fachliche Beratung bei der Gefährdungseinschätzung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft. Das Jugendamt ist erst dann zu informieren, wenn die Eltern nicht bereit oder in der Lage sind, die angebotenen Hilfen anzunehmen oder diese nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden. Die SGB VIII-Reform sieht nun vor, dass dieses persönliche Gespräch mit den Betroffenen kein verbindlicher Prüfschritt in der Gefährdungsabschätzung bleibt – die Berufsheimnisträgerinnen und –träger hätten die Pflicht zur Erörterung nur noch „soweit möglich“. Stattdessen rückt deren Befugnis zur Meldung an die erste Stelle. Was bedeuten diese Änderungen jedoch für die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Eltern? Und mit welcher Verbindlichkeit werden Berufsheimnisträgerinnen und –träger dann künftig noch in den Prozess der Gefährdungseinschätzung eingebunden sein?

Diese von Frau Porr kritisch aufgeworfenen Fragen dominierten den direkt anschließenden Programmpunkt „Neues aus Bund, Land und Kommunen“ und wurden von



den lokalen Netzwerkkoordinatorinnen und –koordinatoren ausführlich und intensiv diskutiert. Dabei wurde auch die Sorge geäußert, dass das jahrelange Bemühen und Werben für eine gute Zusammenarbeit mit der Gesundheitshilfe und insbesondere den niedergelassenen Kinderärztinnen und -ärzten davon beeinträchtigt wird. Einig waren sich alle, dass dieser Kooperationsprozess gerade deshalb mit demselben Engagement fortzusetzen ist!

Aufmerksame Zuhörende beim Vortrag von Claudia Porr, MFFJIV

Dr. Sandra Menk verabschiedete die Teilnehmenden am Ende eines informationsreichen Arbeitstreffens in ihren beruflichen Alltag.

Kirsten Grogro
Telefon 06131 967-134
grogro.kirsten@lsjv.rlp.de

Eröffnet: 5. Durchgang Qualifizierungsmaßnahme für Fachkräfte der Pflegekinderhilfe

Von 2009 bis 2013 nahmen 80% der Fachkräfte öffentlicher und freier Träger an der Qualifizierungsmaßnahme „Struktur und Perspektiven der Pflegekinderhilfe in Rheinland-Pfalz“ teil. Entwickelt und konzipiert wurde diese durch Mitarbeiterinnen der Fachreferate im Landesjugendamt mit Unterstützung zweier Fachkräfte der Pflegekinderdienste örtlicher Jugendämter. Fester Bestandteil der Qualifizierung war und ist die Einbindung der Leitungsebene zu Beginn und am Ende der Maßnahme, um den Transfer und die Umsetzung der Ergebnisse und Erfahrungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicher zu stellen. In allen 4 Durchgängen stimmten die Erwartungen der Fach- und der Leitungsebenen an die Inhalte und an die strukturellen Verbesserungsbedarfe in hohem Maße überein. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden und der Leitungen bei der Übergabe der Zertifikate bestätigten: Die Qualifizierung ist ein Erfolgsmodell.

Nach einer selbstverordneten Pause 2013, da fast alle Pflegekinderdienste in Rheinland-Pfalz mit der Maßnahme versorgt waren, haben sich deren „Erfinderinnen“ sehr gefreut, dass schon 2015 erneut Bedarf angemeldet wurde.

Schnell konnte in Abstimmung mit Andrea Dittmann-Dornauf von der Forschungsgruppe Pflegekinder an der Universität Siegen, die bisher alle Durchgänge kontinuierlich begleitet und dokumentiert hat, eine Neuauflage für 2016-2017 geplant werden. Selbstverständlich wurde die Gelegenheit genutzt, zentrale Ergebnisse der 4 vorangegangenen Maßnahmen für eine Überarbeitung und Anpassung des 5. Durchgangs an die Bedarfe der Pflegekinderhilfe zu nutzen. Andrea Dittmann-Dornauf wird auch den 5. Durchgang leiten. Als Referenten für die Module 1 bis 3 konnten der Diplom-Psychologe Volker Büch, der auch schon alle Durchgänge bereichert hat, und neu die beiden Mitglieder der Forschungsgruppe Pflegekinder der Universität Siegen Dr. Daniela Reimer und Dirk Schäfer gewonnen werden. Weiterhin werden erstmals Praxisprojekte von den Teilnehmenden der Qualifizierung entwickelt und an der Endveranstaltung präsentiert.

Anlässlich der Auftaktveranstaltung am 27.09.2016 im Erbacher Hof, Mainz begrüßten Veronika Bergmann und Beate Fischer-Glembek die Kursleiterin Andrea Dittmann-Dornauf, 20 Fachkräfte von Jugendämtern und einem freien Träger sowie deren Leitungen. Hätte es eines Zeichens bedurft, welche Veränderungsprozesse die Qualifizierungsmaßnahme in Gang setzt, dann wäre es die Tatsache, dass unter den nun anwesenden Leitungskräften mehrere frühere Teilnehmerinnen waren.

Andrea Dittmann-Dornauf benannte den Anwesenden aktuelle und geplante Forschungsprojekte der Universität Siegen, die in die Qualifizierung einfließen werden. Sie skizzierte den Verlauf, Inhalte und Methoden der 3 Arbeitsmodule und stellte die Referentin und die Referenten und deren Schwerpunktthemen vor. Ihre Auswahl der aktuellen Baustellen in der Pflegekinderhilfe fand die perfekte Ergänzung in den aus Arbeitsgruppen der Teilnehmenden und der Leitungen formulierten Themen, die in der Qualifizierung bearbeitet und in den Arbeitsalltag der Pflegekinderhilfe integriert werden sollen.

Aktuelle Baustellen in der Pflegekinderhilfe



Qualifizierung für Pflegekinderdienste in
Rheinland-Pfalz

9

Aktuelle Baustellen in der Pflegekinderhilfe, z.B.

- Die Zahl der Verwandtenpflegefamilien steigt – z.T. fehlen hier die einschlägigen Konzepte zur Begleitung und Beratung
- Das Thema „Rückkehr aus der Pflegefamilie in die Herkunftsfamilie“ rückt mehr in den Fokus – in vielen Diensten fehlen auch hier die einschlägigen Konzepte
- Auch für ältere Kindern wird die Unterbringung in Pflegefamilien zunehmend eine Option – hier müssen z.T. neue Pflegefamilien für eine begrenzte Inpflegenahme gesucht und gefunden werden.
- Vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund fehlen zunehmend Pflegefamilien mit Migrationshintergrund

Qualifizierung für Pflegekinderdienste in
Rheinland-Pfalz

10

Zufrieden machten sich alle nach diesem Nachmittag auf den Heimweg. Im Oktober wird die erste Arbeitseinheit mit dem Titel: „Den Anfang gestalten“-Selbstverständnis und Rolle der Pflegekinderdienste, Vielfalt von Pflegefamilien, Auswahl Qualifizierung und Eignungsprognosen“ hoffentlich zu spannenden Diskussionen und zur Entwicklung von Ideen und Konzepten in der Arbeit der Pflegekinderdienste führen.

Beate Fischer-Glembek
Telefon 06131 967-367
Fischer-Glembek.Beate@lsjv.rlp.de

DER BLICK ZURÜCK

Gründungstreffen des „Präventionsnetzwerkes gegen religiös begründete Radikalisierung (DivAN)“

Am 19. September 2016 lud die Koordinierungsstelle zur Prävention gegen religiös begründete Radikalisierung zum Gründungstreffen des Präventionsnetzwerkes ins Landesjugendamt ein. Über 33 Teilnehmende erschienen zu der nachmittäglichen Veranstaltung, die auf zwei Stunden angesetzt war.

Sybille Nonninger, Leiterin des Referates 31, begrüßte die Anwesenden im Namen des Landesjugendamtes und war sehr erfreut über die rege Teilnahme.

Sie betonte die lange Tradition des Landesjugendamtes in der Gefahrenprävention bei Jugendlichen, z.B. im Umgang mit Drogen, Gewalt oder Rechtsextremismus. Entscheidend dabei sei, nicht in Panik zu verfallen und ausschließlich mit Verboten zu reagieren, sondern nachhaltige Konzepte zu entwickeln, die immer die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Fokus haben. Dies bedeute, die (physische und seelische) Gesundheitsförderung als Zielkategorie zu beachten (s. 13. Kinder- und Jugendbericht – Salutogenese), die verknüpft sei mit dem Recht jedes jungen Menschen auf Förderung seiner eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Entwicklung.

Wichtig hierbei ist, Prävention nicht als Allzweckwaffe zu benutzen: Der Begriff Prävention muss differenziert betrachtet und fachlich akzentuiert werden. Er unterscheidet zwischen universeller (hier: primär), selektiver (hier: sekundär / bestimmte Risikogruppen) und indizierter (hier: tertiär / bestimmte Akutfälle) Prävention.

Frau Nonninger unterstrich den Auftrag der Landesregierung an das Landesjugendamt zur Konzeptentwicklung als einen Vernetzungsauftrag sowie eine Aufgabe zur kritischen Auseinandersetzung mit den Wegen der Prävention. Das Präventionsnetzwerk „DivAN“ soll den Austausch über erfolgreiche Präventionsprojekte und Handlungsanforderungen ermöglichen und ein Konzept erarbeiten, welches der Prävention landesweit zur Orientierung dienen kann.

Die anschließende Vorstellungsrunde der Teilnehmenden bestätigte die große Anzahl: neben dem Ministerium der Justiz, dem Amt für Jugend und Familie, LKA, Antidiskriminierungsstelle RLP und der Leitstelle Kriminalprävention, erschienen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den unterschiedlichen Bereichen der Präventionsarbeit (FAOSE (Free Association of Syrian Expats) e.V., Jugendschutz, medien+bildung, Christliches Jugenddorfwerk Deutschlands e.V., Mutabor Mensch, Pädagogisches Landesinstitut, Arbeiterwohlfahrt, Leitplanke, medien.rlp, Interkulturelle Wohngruppe Osthofen, Jugendförderung) bis hin zur Intervention (Beratungsstelle „Salam“) und Vertreterinnen und Vertreter muslimischer Verbände (DITIB Landesfrauenverband, DITIB Jugend, Zentralrat der Muslime) aus ganz Rheinland-Pfalz.

Nach einer kurzen Erläuterung der Aufgaben der Koordinierungsstelle sowie den Chancen eines Netzwerkes hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre eigenen Schwerpunkte vorzustellen und Erwartungen an das Netzwerk zu äußern. Auffällig viele Arbeitsbereiche der Anwesenden ließen sich der Primärprävention zuordnen. Die

Sekundärprävention war deutlich seltener vertreten, ebenso wie die Tertiärprävention, welche Überschneidungen mit der Intervention hat. Zu nennen ist hier vor allem die Beratungsstelle „Salam“. Einige Bereiche der Schulpsychologie sind kategorienübergreifend zu verorten.

Die Erwartungen der Teilnehmenden an ein Präventionsnetzwerk lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erwünscht ist die Vernetzung auf Handlungsebene, vor allem auch mit islamischen Organisationen/muslimischen Gemeinden zwecks Austausch und Hilfe sowie (Früh-) Erkennung von Gefährdung bzw. Radikalisierungen, z.B. in der Schule. Hier liegt ein besonderer Fokus im Unterstützungsbedarf auf der Handlungsebene: Wie erreicht man welche Zielgruppe?

Wichtig dabei ist natürlich die Sicherheit im Umgang mit der jeweiligen Thematik. Daher wäre eine Informationsweitergabe über Begriffsdefinitionen (z.B. Islam/Islamismus), verschiedene islamische Strömungen, Radikalisierung, Diskriminierung, Stigmatisierung, Diversität etc. wünschenswert. Dafür könnte ein „Brainpool“ dienen, der beinhaltet, wer welches Arbeitsfeld übernimmt, damit alle Netzwerkmitglieder von der jeweiligen Expertise der/des anderen profitieren können. Analog dazu sollte es Fortbildungsangebote oder Workshops zu einzelnen Themen geben. Hinsichtlich der Handlungsebene ist die Entwicklung eines Präventionskonzeptes wichtig, um z.B. Handlungsempfehlungen in verschiedenen Präventionsbereichen zu erhalten. Die Koordinierungsstelle sollte daher Aktivitäten im Netzwerk und bundesweit überblicken, die Erreichbarkeit von verschiedenen Zielgruppen ermöglichen, den Verteiler zielführend nutzen (Brainpool, Referentinnen- und Referentenpool, Informationsweitergabe), die Bedarfe ermitteln, und konkrete Angebote (z.B. Argumentationstraining) sammeln.

Generell ist eine enge Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und Fachleuten im Netzwerk erwünscht.

Das erste Treffen diente zur Gründung des Präventionsnetzwerkes. Zur besseren Absprache und konstruktiven Arbeit wurde ein interner Verteiler angelegt und eine übersichtliche Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit einem Leitbild und einem Präventionskonzept beschäftigen wird. Weitere Treffen der Kerngruppe und der Text-AG sind noch in diesem Jahr geplant.

Der nächste Fachtag unter dem Arbeitstitel „Diversität und Prävention“ wird am 16. November 2016 im Neustadtzentrum, Mainz stattfinden.

Dominik Enders
Telefon 06131 967-504
enders.dominik@lsjv.rlp.de

Leitungstagung: Wie WERTvoll ist Erziehung?

Etwas aus dem Rahmen fiel die achte Tagung für Leitungskräfte aus Kindertagesstätten, die am 1. September 2016 in Mainz stattfand. Die bisherigen Tagungen hatten meist „handfestere“ Schwerpunkte, die oft Impulse zum direkten Umsetzen in die Praxis boten.

Ganz anders in diesem Jahr: Im Mittelpunkt stand die Reflexion über Werte. Zuhören, nachdenken und miteinander reden über das Gehörte und Gedachte – das war der „Arbeitsauftrag“ für die 130 Leitungskräfte aus Rheinland-Pfalz. Gedanklich angestoßen wurden die Zuhörerinnen und Zuhörer durch drei Vorträge, die von großzügigen Kaffeepausen zum Austausch unterbrochen wurden. Den Auftakt machte Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Sozialethiker und Mitglied im Ethikrat der Bundesregierung. „Der WERT Sozialer Arbeit“ stand im Mittelpunkt seines Vortrags.



Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Soziale Arbeit und damit auch die Arbeit im größten Sektor der Kinder- und Jugendhilfe, den Kindertagesstätten, benennt er als „Menschenrechtsprofession“, die der Kant'schen Idee folgen soll, Kinder mit „diesem ihrem Zustande zufrieden zu machen“. Dazu gehören für ihn Respekt gegenüber jedem Einzelnen, Schutz des Einzelnen gegenüber Eingriffen Dritter sowie die „advokatorische“ Durchsetzung der menschenrechtlichen Interessen in der Lebenswelt der Adressaten. Die Menschenwürde zu achten, die jedem Menschen zusteht bzw. die er innehat und für die er keine Leistung zu erbringen braucht: dies sei der fundamentale Auftrag und der Wert Sozialer Arbeit. Die Würde sei zwar inhärenter Bestandteil des Menschen, würde allerdings nicht mental, sondern erst durch Erfahrung spürbar. Erst durch zwischenmenschliche Anerkennung und Achtung sowie durch das Ermöglichen von Gelegenheiten der Selbstwirksamkeit sei die eigene Würde spürbar. Dass dies im Sinne der Inklusion für alle Menschen gilt, war Prof. Lob-Hüdepohl ein vehementes Anliegen.

Prof. Dr. Tilman Allert betrachtet als Mikrosoziologe sehr genau das, was Menschen tun, was „man so macht“. Die Regeln des zivilen Umgangs, das „Wie“ des Miteinanders waren sein Thema. Manieren, so Prof. Allert, seien eigentlich „Zierrat“ und verzichtbar, aber sie machten die Kommunikation elastischer und damit tragfähiger – auch im Konfliktfall. Nicht alles, was gedacht und empfunden wird, würde auch genauso gesagt oder gezeigt. Die Elastizität der Kommunikation zu vermitteln und zu pflegen sei notwendig, um zwischenmenschliches Interagieren erst zu ermöglichen.

Dem Lob und dem Tadel als besondere Formen der Kommunikation wandte sich Prof. Allert im Speziellen zu. Sowohl durch ein Lob als auch durch einen Tadel würden Kinder aus der Gruppe „herausgehoben“, was zu einer kniffligen Situation führen könne. Häufig sei zu beobachten, dass dieses durch ein Lob „herausgehoben sein“ zu einem Verhalten führe, dass das vorherige Lob fast schon zunichtemache. Die Leitungskräfte bestätigten dieses Phänomen aus der Praxis und Prof. Allert betonte, dass es die

große pädagogische Kunst sei, gleichzeitig zu loben und dabei die Worte so zu wählen, dass keine „herausgehobene“ Situation entstehe.



Der dritte Vortrag dieses Tages beschäftigte sich mit Wertvorstellungen und Sozialisationszielen anderer Kulturkreise. Sind Eltern dort die gleichen Dinge wichtig wie in unserer westlichen Gesellschaft? Dr. Bettina Lamm eröffnete die Perspektive auf andere Kulturen und räumte mit einigen Missverständnissen auf, die gelegentlich zu Konflikten in Kitas führen können.

Prof. Dr. Tilman Allert

Die in unserem Kulturkreis gewünschte und geförderte frühe Autonomie und Möglichkeit zur Mitbestimmung, sei anderen Menschen fremd und gelegentlich auch suspekt. So könne es passieren, dass der Stolz von Erzieherinnen auf erreichte Schritte hin zu mehr Selbständigkeit zum Beispiel beim Essen oder Schlafen in der Kita, bei manchen Eltern zu Entsetzen führt.

„Die kümmern sich nicht um mein Kind, sie lassen es allein“ kann ein Eindruck sein, der den pädagogischen Zielen der Kita gegenüber steht. Die Sozialisationsziele unterschieden sich dabei weniger nach Nationalität als vielmehr nach städtischer oder ländlicher Herkunft sowie nach dem Bildungsgrad der Eltern.



Dr. Bettina Lamm

Die Rückmeldungen der Leitungskräfte zum anderen Format dieser Tagung waren sehr positiv. Sie betonten, dass die theoretische und „philosophische“ Auseinandersetzung viel zu kurz komme und dass Tagungen mit diesen Themen häufiger angeboten werden sollten. Im nächsten Jahr allerdings wird es am 6. September im Erbacher Hof erst einmal wieder ein „handfesteres“ Thema geben: „Gemeinsam in Freud und Leid?! Chancen und Risiken von Teamarbeit“ lautet der Titel der 2017er Tagung.

Veronika Bergmann
Telefon 06131 967-133
bergmann.veronika@lsjv.rlp.de

FÜR SIE BESUCHT...

TISSA-Plenum 2016 in Gent, Belgien

„Ersetzt Kulturarbeit heute die emanzipatorische Sozialarbeit?“

So lautete die eher rhetorisch gemeinte Frage von Mel Gray (Universität Newcastle, Australien). Sie stellte sie zur Eröffnung des diesjährigen TISSA¹-Plenums Ende August in Gent in Belgien.

Sie skizzierte eine unter neoliberalen Vorzeichen weitgehend entpolitisierte Soziale Arbeit, die managt, reguliert und den Klienten bestenfalls fürsorglich an die Hand nimmt, statt ihn zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen und ihm eine öffentliche Stimme zu geben. Die Frage sei, ob Kunst nun in die Leerstelle eintrete, welche die Sozialarbeit durch Rückzug z.B. aus einer emanzipatorisch orientierten Gemeinwesenarbeit reiße. Ein australisches Projekt, das sie exemplarisch darstellte, war eine Kunstaktion zum Thema Kinderschutz, bei der Einwohnerinnen und Einwohner sowie Institutionen zum Thema Kacheln gestalteten, die dann im öffentlichen Raum zu einem überdimensionalen Mosaik zusammengefügt wurden. Ein eindrucksvolles Projekt, aber letztlich keine Alternative für eine engagierte Soziale Arbeit, die den Klienten in seiner Handlungs- und Ausdrucksfähigkeit unterstützt und ihm die Erfahrung von Selbstwirksamkeit eröffnet, so das Fazit von Mel Gray.

Die Kombination von sozialpädagogischer bzw. psychologischer Kompetenz mit künstlerischer Fachlichkeit: das Beispiel von „Victoria Deluxe“ in Gent

Dass künstlerische Aktionen nicht als Kompensation fehlender sozialer Infrastruktur und fehlender Unterstützung durch Soziale Arbeit betrachtet werden müssen, sondern eine für die Adressaten sinnvolle Symbiose eingehen können, zeigte eines der Praxisprojekte, das von den TISSA Teilnehmerinnen und -teilnehmern am Konferenzort besucht werden konnte. Das Projekt Victoria Deluxe, um das es hier geht, wurde 2002 gegründet, um, wie es in der Selbstdarstellung heißt, stereotype Bilder, Sichtweisen und Auffassungen von sozialen Minderheiten und von aktuellen gesellschaftlichen Fragen zu durchbrechen, und zwar durch Theater (einschließlich Tanz und Musik) und audiovisuelle Medien.

Mit einem Jahresetat von deutlich über einer halben Million Euro gestaltet Victoria Deluxe zum Beispiel über 6-8 Monate laufende Projekte mit benachteiligten jungen Menschen, zum Beispiel auch mit jungen Flüchtlingen. Dabei kommen auf eine Fachkraft für das jeweilige Medium zwei sozialpädagogisch oder psychologisch bzw. psychotherapeutisch ausgewiesene TeamerInnen. (Theoretische Bezugspunkte für die Arbeit sind u.a. Hannah Arendt (Vita activa) und Jürgen Habermas, Martha Nussbaum („capability approach“) und Jacques Rancière.) Die Projekte werden über die sozialen Netzwerke und über vor Ort an Treffpunkten verteilte Flyer offen ausgeschrieben. Die

¹ TISSA (The international 'Social Work & Society' Academy) führt seit 2002 u.a. eine jährliche Konferenz durch mit dem Ziel, den internationalen wissenschaftlichen und professionellen Diskurs zu Sozialarbeit und Gesellschaft angesichts einer zunehmenden Veränderung des Sozialen in einer globalisierten Welt zu unterstützen. Die Autorin hat an der diesjährigen Konferenz in Gent teilgenommen. Über weitere Aspekte der diesjährigen Konferenz wird in der Folge berichtet werden.

Themen orientieren sich an dem, was die Teilnehmerinnen und Teilnehmer „mitbringen“, was sie in Tiefeninterviews äußern, in offenen Eingangsphasen medial ausdrücken. Aus dem Material aller wird eine gemeinsame Geschichte zum Beispiel für ein Theaterstück entwickelt. Dazu gehören neben Proben und öffentlichen Aufführungen als feste Bestandteile die Einführung von Ritualen in die Arbeit, die Dokumentation des Prozesses, die Evaluation und auch ein Abschlussfest. Der Projektzeitraum und die Personalausstattung lassen Raum dafür, individuellen Problemen und Krisen nachzugehen und zu helfen. Wichtig ist es den Verantwortlichen, dass die jungen Menschen lernen, in den öffentlichen Raum hineinzugehen, sich selbst zu erproben und zu erfahren sowie zu erleben, dass sie etwas bewirken können. Ein wichtiges Ziel ist zudem die Stärkung des Selbstwertgefühls der Beteiligten (siehe auch, allerdings mit flämischem Text, die Beispiele unter <https://vimeo.com/victoriadeluxe>).

Für den Zaungast aus Rheinland-Pfalz war der Besuch bei Victoria Deluxe Bestätigung für eine im Fachreferat des Landesjugendamtes seit langem vertretene Position: Wir brauchen in Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mehr handlungsorientierte Projekte und wir müssen dabei auch entsprechende Ausdrucksmittel, die den jungen Menschen liegen, mit einbauen. Insofern erbrachte der „Ausflug“ nach Gent u.a. auch eine Bestätigung für die Zusammenarbeit von pädagogischen Fachkräften des Landesjugendamtes mit denen des Instituts für Medien und Pädagogik in Mainz, so wie sie im Projekt maps entwickelt wurde. Mehr davon (bzw. von vergleichbaren Projekten), muss deshalb die Devise lauten.

Und ganz klar ist, dass die pädagogische Reflexion und Unterstützung dabei nicht überflüssig ist. Sie wird wie bei Victoria Deluxe gebraucht, um die künstlerischen Medien in ihrer Wirkung für den Einzelnen und die Gruppe zur Entfaltung zu bringen um die sozialpädagogische Wirksamkeit der Projekte zu gewährleisten.

Sybille Nonninger
Telefon 06131 967-360
nonninger.sybille@lsjv.rlp.de

TERMINE

15. und 17. November 2016

Islamismus und Radikalisierung bei unbegleiteten minderjährigen Ausländern in Rheinland-Pfalz

- Ort: 15.11.2016 Bereitschaftspolizei, Dekan-Laist-Straße 7, 55129 Mainz
17.11.2016 Bereitschaftspolizei, Zur Polizeischule, 54516 Wittlich
- Zielgruppe: Fach- und Leitungskräfte von Jugendämtern; Vormünder und Vormundinnen; Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und der Polizei; jeweils aus dem Bereich unbegleitete minderjährige Ausländer aus Rheinland-Pfalz
- Veranstalter: Landeskriminalamt und Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

In Rheinland-Pfalz leben zurzeit ca. 2700 unbegleitete minderjährige Ausländer. Viele dieser jungen Menschen haben einen langen und anstrengenden Weg hinter sich und die Gründe für die Flucht aus ihrem Herkunftsland sind vielfältig. Teilweise haben die Mädchen und Jungen traumatisierende Erfahrungen gemacht. Alleine in einem fremden Land sind die Minderjährigen, die sich überwiegend in der Übergangsphase vom Teenager zum jungen Erwachsenen befinden, auf der Suche nach Zugehörigkeit, Anerkennung und einer eigenen Identität.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Religionszugehörigkeit. Die Meisten geben an, islamischen Glaubens zu sein. Aufgrund der Lebenssituation, in der sich die Kinder und Jugendlichen befinden, ist ihre Vulnerabilität für islamistischen Extremismus besonders hoch. Es besteht die Möglichkeit, dass sich diese jungen Menschen in Deutschland radikalieren könnten oder aber schon diese Ideologie mitbringen.

Vielen Fachkräften stellen sich in diesem Zusammenhang immer wieder die gleichen Fragen: Was bedeutet Salafismus und Islamismus überhaupt? Welche Strömungen gibt es und wie stellt sich die Situation in Rheinland-Pfalz dar? Was sind Anzeichen einer Radikalisierung? An wen kann ich mich wenden und wo kann ich mich beraten lassen?

In diesen halbtägigen identischen Fachtagen, einmal im Westen und im Osten von Rheinland-Pfalz, lernen Fachkräfte gemeinsam mit Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Polizei Informationen zum Thema „Islamismus und Radikalisierung“ kennen. Ergänzend dazu, stellen sich Projekte aus dem Bereich der Radikalisierung aus Rheinland-Pfalz vor.

Kontakt:

Karin Klein-Dessooy, Telefon 06131-967131, Klein-Dessooy.Karin@lsjv.rlp.de

16. November 2016

Diversität und Prävention

Aspekte des Landeskonzepts gegen islamistische Radikalisierung junger Menschen

Ort: Neustadtzentrum, Goethestraße 7 - 55118 Mainz

Zeit: 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Zielgruppe: Fachkräfte der Sozialen Arbeit, Jugendarbeit und Jugendhilfe, Präventionsnetzwerk DivAN, Partner im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Veranstalter: Koordinierungsstelle Prävention gegen religiös begründete Radikalisierung im Landesjugendamt (DivAN)

Nach dem Konzept der Landesregierung ist die Diversitätsorientierung der Arbeit ein wichtiges Element der Prävention. Die Fachtagung beschäftigt sich mit dem pädagogischen Umgang mit Diversität in der Präventionsarbeit. Hierzu beginnen wir mit einer wissenschaftlichen Vorstellung des Diversity-Ansatzes. Diese dient als Basis für die Überlegungen zur diversitätsorientierten Präventionsarbeit. Wie wir in einer pluralisierten Lebenswelt mit Vielfalt und sozialen Ungleichheiten umgehen, ohne durch Festreibungen und Stereotypisierungen neue Ausgrenzungserfahrungen bei jungen Menschen zu erzeugen, ist eine wichtige Frage für Soziale Arbeit.

Im weiteren Verlauf der Fachtagung werden handlungspraktische Ansätze zum Umgang mit Diversität präsentiert.

Kontakt:

Koordinierungsstelle Prävention gegen religiös begründete Radikalisierung, Dominik Enders, Telefon 06131 967-504, divan@lsjv.rlp.de

PERSONALIEN

Stadtverwaltung Trier



(zur Homepage Wappen anklicken)

Mit fast 34 Dienstjahren unter anderem als Leiter des Amtes für soziale Gemeinschaftsaufgaben und später als Jugendamtsleiter der Stadt Trier verlässt eine der erfahrensten Fachkräfte das Feld der Kinder- und Jugendhilfe. Achim Hettinger ist am 1. Oktober 2016 in den Ruhestand verabschiedet worden.

Achim Hettinger war für das Landesjugendamt zunächst ein wichtiger Partner in Fragen der kommunalen Jugendhilfeplanung und ihrer konzeptionellen und praktischen Weiterentwicklung. Als Jugendamtsleiter war er in Fachausschuss und Landesjugendhilfeausschuss aktiv. Im Fachausschuss „Kinder und Familie“ (FA 2) war es ihm in der Rolle des Vorsitzenden besonders wichtig, dass der infrastrukturelle Auftrag des öffentlichen Trägers im Einklang mit den Belangen der Kinder, der Eltern, der Einrichtungsträger und des Personals erfüllt würde. Er behielt das Ziel einer harmonischen Zusammenarbeit öffentlicher und freier Träger stets im Auge und setzte sich dafür ein, besonnen, unaufgeregt und nachdrücklich.

Das Landesjugendamt bedankt sich bei Herrn Hettinger für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für den neuen Lebensabschnitt alles Gute.

In Trier wurde für einen nahtlosen Übergang gesorgt. Carsten Lang hat die Leitung des Jugendamtes ab Oktober übernommen. Herr Lang hat bereits eine beträchtliche Erfahrung auf dem Gebiet der Kinder- und Jugendhilfe. Zuerst arbeitete er im Jugendschutz als Beauftragter für die Stadt Trier sowie die Landkreise Trier-Saarburg und Bitburg-Prüm. Danach leitete er neun Jahre lang den Aufgabenbereich der Hilfen zur Erziehung im Jugendhilfezentrum Don Bosco Helenenberg.

Für seine neue Funktion wünscht das Landesjugendamt Herrn Lang ebenfalls alles Gute.

Katja Zapp
Telefon 06131 967-526
zapp.katja@lsjv.rlp.de

IMPRESSUM

Nächste Ausgabe im Dezember

[<zurück>](#)

IMPRESSUM

Das Informationsmagazin des Landesjugendamtes Rheinland-Pfalz

Herausgeber:

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz
– Landesjugendamt –
Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Telefon 06131 967-289
Telefax 06131 967-12289
landesjugendamt@lsjv.rlp.de
www.landesjugendamt.de

Redaktion V.i.S.d.P.

Birgit Zeller

